

Bericht an den Finanzausschuss des  
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Executive Summary

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur  
Mag. Andreas Ittner, Vize-Gouverneur  
Oesterreichische Nationalbank

Sitzung am 29. November 2018

# Bericht an den Finanzausschuss des Parlaments gem. NBG § 32 (5)

## Geldpolitik im Euroraum

- Derzeit investiert das Eurosystem im Rahmen seines *Wertpapierankaufprogramms APP* 15 Mrd EUR pro Monat in Staatsanleihen, Anleihen von staatsnahen Unternehmen, gedeckte Schuldverschreibungen, Asset-backed Securities (ABS) sowie Unternehmensanleihen aus dem Euroraum. Insgesamt hat das APP-Portfolio per Ende Oktober 2018 ein Volumen von 2.547 Mrd EUR erreicht. Im November und Dezember 2018 werden weitere insgesamt 30 Mrd EUR (15 Mrd EUR pro Monat) hinzukommen.
- In seiner Sitzung am 13. Dezember 2018 wird der EZB-Rat über das Ende des Wertpapierankaufprogramms APP entscheiden. Sofern die bis dahin verfügbaren Daten die bisher bestehenden mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, werden die Nettoankäufe mit Ende Dezember 2018 beendet werden. Die Entscheidung wird unter anderem auf Grundlage der vom Eurosystem erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen getroffen werden.
- Das voraussichtliche Ende der Nettoankäufe mit Jahresende 2018 bedeutet, dass das APP-Portfolio nicht weiter wachsen wird. Da das Eurosystem die Tilgungsbeträge der abreifenden APP-Wertpapiere (wie auch schon bisher) wieder anlegen wird, wird der Wertpapierbestand vorerst konstant gehalten. Diese *Reinvestitionspolitik* wird für längere Zeit und in jedem Fall so lange wie erforderlich beibehalten werden, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.
- Die *geldpolitischen Leitzinsen bleiben ebenfalls weiterhin konstant*. Seit der letzten Zinssenkung, die im Jahr 2016 vorgenommen wurde, befinden sich die Zinssätze für das Hauptrefinanzierungsgeschäft sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. –0,40 %. Den Ankündigungen des EZB-Rats folgend, werden die geldpolitischen Leitzinsen auch im weiteren Jahresverlauf 2018 konstant bleiben. Der EZB-Rat kündigte in seiner sogenannten „*forward guidance*“ an, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sicherzustellen.
- Die genannten geldpolitischen Maßnahmen geben *erhebliche geldpolitische Impulse*, um den weiteren Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu stützen. Wie er nach seiner Sitzung am 25. Oktober 2018 betonte, ist der EZB-Rat auch weiterhin in jedem Fall bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate weiterhin auf nachhaltige Weise der EZB-Definition von Preisstabilität nähert.

## Weltwirtschaft: Wachstumsaussichten werden nach unten revidiert

- In ihren jüngsten Veröffentlichungen revidieren der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Kommission (EK) die Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum nach unten. Die beiden Institutionen sehen für das Jahr 2018 ein Wachstum von 3,7 % und senken damit ihre Prognosen gegenüber der Vorrunde um jeweils 0,2 Prozentpunkte. Der IWF geht auch für 2019 von einem Wachstum von 3,7 % (–0,2 Prozentpunkte) aus. Die EK führt mit

- 0,4 Prozentpunkten eine deutlich stärkere Abwärtsrevision für 2019 durch: sie sieht das globale Wachstum in 2019 bei 3,5 %.
- Die EK betont in ihrer rezenten Prognose die zunehmende Divergenz der Wachstumsraten, insbesondere zwischen Schwellenländern. Handelsbeschränkungen, der starke US-Dollar und steigende Zinsen betreffen die Länder in unterschiedlicher Intensität. Regionale Ereignisse, wie die neuen US-Sanktionen gegenüber dem Iran, die Entwicklungen in der Türkei und in Argentinien, aber auch die Ölpreisentwicklung tragen ebenfalls zu divergierenden Wachstumsraten bei. Im Aggregat der Schwellenländer sehen EK und IWF ein Wachstum von je 4,7% im Jahr 2018 und 2019. Diese Prognosen liegen damit um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte unter denen, die im Frühling und Sommer veröffentlicht wurden.
  - Auch die Wachstumsdynamik in den Industriestaaten wird den aktuellen Prognosen zufolge weniger optimistisch gesehen als noch im Frühjahr. Für 2018 gehen EK und IWF für diese Ländergruppe von einer Zunahme des BIP um 2,4% aus, für 2019 wird eine Abkühlung auf +2,1% erwartet. Ausschlaggebend dafür ist, dass der Konjunkturzyklus zunehmend seinen Reifepunkt erreicht, expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen in einigen Ländern zurückgenommen werden und im Hinblick auf die Entwicklung des globalen Handels weiterhin erhebliche Unsicherheiten bestehen.
  - Im Einklang mit der Zurücknahme der BIP-Prognosen wurde auch das erwartete Wachstum des Welthandels nach unten revidiert. Nachdem im Frühjahr noch davon ausgegangen wurde, dass der Welthandel im Jahr 2018 um 4,9 bis 5,1% und im Jahr 2019 um 4,3 bis 4,7% wächst, sehen die EK und IWF aktuell nur mehr einen Zuwachs von 4,1 bis 4,2% im Jahr 2018 und 3,8 bis 4,0% im Jahr 2019.
  - Die Prognoserisiken sind nach wie vor nach unten gerichtet. Die EK beschreibt diese Risiken als zunehmend komplex und miteinander verflochten. Eine schneller als erwartete geldpolitische Normalisierung in den USA – etwa hervorgerufen durch die stark pro-zyklische Fiskalpolitik – hätte Konsequenzen für Schwellenländer, für die eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen ein zentrales Risiko darstellt. Ebenso können die aktuellen fiskalischen Stimuli den Handlungsspielraum für zukünftige Fiskalpolitik einschränken und die Nachhaltigkeit der US-Staatsverschuldung gefährden. Zudem bleibt das Risiko einer weiteren Eskalation des Handelsstreits bestehen.

### **Euroraum: Wachstum im dritten Quartal wird auf 0,2% geschätzt**

- Der aktuellen Schnellschätzung von Eurostat zufolge ist das BIP im Euroraum im dritten Quartal 2018 um nur 0,2% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. In den beiden Vorquartalen betrug das Wachstum jeweils 0,4%, in den vier Quartalen des Vorjahres jeweils 0,7%.
- Auf Länderebene überrascht vor allem Deutschland mit einem negativen Wachstum im dritten Quartal (–0,2%) nach einem Plus von 0,5% im zweiten Quartal. Auch in den Niederlanden schwächte sich das Wachstum merklich ab. Es lag bei 0,2% und damit um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorquartalswert. Italiens Wirtschaft hat im dritten Quartal stagniert, im zweiten Quartal betrug das Wachstum noch 0,2%. Frankreich hingegen konnte sein Wachstum mit 0,4% gegenüber dem zweiten Quartal verdoppeln. In Spanien betrug das Wachstum 0,6%, wie auch schon im Vorquartal.

- Der Rückgang der Stimmungsindikatoren, der zu Jahresbeginn einsetzte, hält an. Der von der EK ermittelte *Economic Sentiment Indicator (ESI)*<sup>1</sup> sank im Oktober auf 109,8 Punkte nachdem er im September noch bei 110,9 Punkten gelegen war. Trotz des Rückgangs liegt der Index jedoch nach wie vor deutlich über dem langjährigen Mittel, das auf 100 normiert ist. Unter den großen Euroraum Ländern konnte nur Spanien ein Ansteigen des ESI verzeichnen. In Deutschland, Italien, Frankreich und den Niederlanden hingegen sank der ESI.
- Auch der *Purchasing Managers' Composite Index (PMI)*<sup>2</sup> ist rückläufig. Er fiel von 54,1 Punkten im September auf 53,1 im Oktober und liegt damit so niedrig wie seit zwei Jahren nicht mehr. Er übersteigt jedoch nach wie vor die 50-Punkt-Marke, die eine Expansion von einer Stagnation oder Kontraktion trennt. Die PMI-Entwicklung signalisiert, dass der Industriesektor in den meisten erfassten Ländern an Fahrt verloren hat – besonders negativ ist das Bild dabei in Italien: Dort liegt der PMI bei 49,2 Punkten und damit auf einem 46-Monatstief und unter der Expansionsschwelle. Auch der Composite Index, der den Dienstleistungsbereich miteinschließt, liegt in Italien mit 49,3 Punkten unter der 50-Punkt-Marke und ist so niedrig wie seit fast fünf Jahren nicht mehr.
- Die Arbeitslosenquote im Euroraum lag im September bei 8,1 % und blieb damit unverändert gegenüber dem Vormonat. Der Rückgang, der 2014 einsetzte und bis zur Jahresmitte 2018 anhielt, legt damit derzeit zumindest eine Pause ein. Die Zahlen auf Länderebene zeigen, dass die Arbeitslosenquoten in allen Ländern leicht rückläufig oder unverändert waren – außer in Italien, wo sie spürbar anstieg (von 9,8 % im August auf 10,1 % im September).
- Die HVPI-Inflation im Euroraum ist im Oktober laut Vorabschätzung auf 2,2 % gestiegen. Im September lag die Inflation bei 2,1 %. Besonders die Energiepreise haben zu diesem Anstieg beigetragen: Sie sind gegenüber dem Vorjahresmonat mit 10,6 % gewachsen und weisen damit den stärksten Anstieg aller Subkomponenten auf.

### **Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) bleibt auch im ersten Halbjahr 2018 dynamisch**

- Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas betrug im ersten und im zweiten Quartal 2018 jeweils +1 % (im Vergleich zum Vorquartal). Damit lag das Wachstum nur unwesentlich unter den im Jahr 2017 zu beobachtenden Werten.
- Die Konjunktur wurde vor allem vom privaten Konsum getragen, der von steigenden Reallöhnen, starkem Wirtschaftsvertrauen und einer deutlichen Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten profitierte. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem historischen Tiefststand (4,2 % im regionalen Durchschnitt im August 2018) und in mehreren Ländern herrscht de facto Vollbeschäftigung. Vor diesem Hintergrund kommt es allerdings vermehrt zu Verknappungserscheinungen auf den Arbeitsmärkten. Neben dem Konsum nahm auch die Investitionstätigkeit deutlich zu. Die Investitionen profitierten von guten Vertrauenswerten und günstigen Finanzierungsbedingungen und wurden

<sup>1</sup> Der *Economic Sentiment Indicator (ESI)* stellt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage dar, und setzt sich aus dem Vertrauen in die Industrie, die Dienstleistungen, die Verbraucher, das Baugewerbe und den Einzelhandel zusammen.

<sup>2</sup> Die *Purchasing Managers' Indexes (PMI)* sind eine Serie von Indikatoren über die wirtschaftliche Lage, welche auf monatlichen Befragungen privatwirtschaftlicher Unternehmen beruhen. Werte über 50 deuten Verbesserungen an.

von der zunehmenden Kapazitätsauslastung weiter befeuert. Einen bedeutenden Anteil an der Dynamik in diesem Bereich hatten auch steigende Auszahlungen aus EU-Fonds.

- Die OeNB-Prognose für CESEE-6<sup>3</sup> geht von einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums im nächsten Jahr aus. Mit einem Plus von etwa 3,6% wird die CESEE-Region aber auch 2019 deutlich stärker wachsen als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Das Wachstumsdifferenzial zum Euroraum verringert sich von 2 Prozentpunkten (2018) auf 1,7 Prozentpunkte in 2020.

### Österreich: Robustes Wachstum zum Jahreswechsel

- Die österreichische Wirtschaft befindet sich am Ende einer Hochkonjunkturphase. Der Wachstumshöhepunkt wurde im vierten Quartal 2017 erreicht. Seitdem verlangsamt sich die Dynamik. Für das dritte Quartal 2018 weist die VGR-Schnellschätzung ein Wachstum von 0,5% (gegenüber dem Vorquartal) aus. Dieses lag um 0,3 Prozentpunkte über jenem des Euroraums.
- Dennoch entwickelte sich der österreichische Außenhandel im bisherigen Jahresverlauf sehr robust. Dies ist vor allem der guten Entwicklung in den CESEE-Ländern geschuldet. Die Güterexporte in diese Region wuchsen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 10% und damit fast doppelt so stark wie die gesamten Exporte. Gemäß den aktuellen Resultaten des OeNB-Exportindikators entwickelten sich die österreichischen Güterexporte auch im dritten Quartal sehr positiv. Während die Auftragsbücher noch gut gefüllt sind, deutet ein Rückgang der Auftragseingänge auf eine bevorstehende Abschwächung der Exportdynamik hin.
- Die Investitionen sind derzeit eine tragende Säule der Konjunktur. Zwar zeigt sich angesichts der Eintrübung in den wichtigsten Exportdestinationen auch hier eine Moderation, die mit 88,5% deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 85,3% liegende Kapazitätsauslastung lässt jedoch auch für die kommenden Monate eine weitere Ausweitung der Unternehmensinvestitionen erwarten. Die ausgezeichnete finanzielle Lage der Unternehmen und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen stützen darüber hinaus die Investitionstätigkeit. Die Bauinvestitionen zeigten im dritten Quartal zwar eine leichte Abschwächung, die zugrundeliegende Dynamik ist jedoch intakt. Der Wohnbau hat sich in den letzten beiden Jahren sehr kräftig entwickelt. Die Baubewilligungen sind zwar im ersten Halbjahr 2018 gesunken. Die deutliche Ausweitung der beiden letzten Jahre in Verbindung mit einer guten Auftragslage lässt für die kommenden Monate jedoch eine weiterhin starke Bautätigkeit erwarten.
- Auch vom privaten Konsum gehen derzeit kräftige Konjunkturimpulse aus. Das starke Beschäftigungswachstum und die im Vergleich zum Vorjahr höheren Lohnabschlüsse stützen das Konsumwachstum. Die Inflation ist bedingt durch höhere Rohstoffpreise im bisherigen Jahresverlauf gestiegen. Im Oktober lag die HVPI-Inflation bei 2,4% und somit geringfügig über dem Niveau im Sommer. Die Verteuerung von Neuwagenkäufen durch die höhere Normverbrauchsabgabe aufgrund der verschärften Abgastests seit September hat zu deutlichen Vorziehkäufen – vor allem bei PKWs mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen – geführt. Im September und Oktober sind die PKW-Neuzulassungen eingebrochen. Dies wird im vierten Quartal das Konsumwachstum spürbar dämpfen. Da PKWs jedoch nahezu ausnahmslos importiert werden, hat dies keine Auswirkungen auf die inländische Produktion.

<sup>3</sup> CESEE-6: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschech. Rep., Ungarn

- Zusammenfassend erwartet die OeNB für den Jahreswechsel 2018/2019 ein weiteres langsames Ausklingen der aktuellen Hochkonjunkturphase. Die Wachstumsraten haben sich seit dem Konjunkturmehrpunkt zu Jahresende 2017 zwar halbiert, im Vergleich zum Euroraum erweist sich das österreichische Wachstum jedoch als robust. Für das vierte Quartal 2018 prognostiziert die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose eine weitere leichte Wachstumsverlangsamung des realen BIP auf +0,4% (gegenüber dem Vorquartal). Für das Gesamtjahr 2018 ergibt sich mit 2,7% ein gleich starkes Wachstum wie im Vorjahr. Im ersten Quartal 2019 wird aufgrund der steuerlichen Entlastung durch den Familienbonus mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf +0,5% gerechnet.

#### **IWF Art. IV Konsultationen, IWF-Jahrestagung 2018 in Bali, neuer Executive Director der österreichischen IWF-Stimmrechtsgruppe**

- Der IWF besuchte Österreich im Rahmen der periodisch stattfindenden Art. IV Konsultationen vom 14.-25. Juni 2018. Der IWF hielt fest, dass sich die österreichische Wirtschaft in einer robusten Lage befindet. Die Arbeitslosenrate sei rückläufig und die Inflationsrate stabil bei rd. 2%. Die fiskalische Situation zu Jahresende 2017 sei besser als erwartet gewesen, die öffentliche Verschuldung sei gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen (auf 78,4% des BIP). Zur langfristigen Sicherung der Schuldentragfähigkeit seien eine weitere Reduzierung der öffentlichen Verschuldung sowie der Aufbau von Reserven (fiscal buffers) notwendig. Die Kapitaladäquanz der österreichischen Banken habe sich – trotz nachlassendem Momentum – ebenso wie die Ertragslage verbessert. Der weitere Fokus sollte dem IWF-Staff zufolge auf einer Reduzierung der Arbeitslosenrate sowie Konsolidierung der Finanzmarktstabilität liegen.
- Vom 12.-14. Oktober 2018 fand die Jahrestagung des IWF in Bali statt. Dazu hält das IMFC (International Monetary and Financial Committee des IWF) fest, dass der wirtschaftliche Aufschwung weiter voran schreitet, allerdings das Wirtschaftswachstum zunehmend ungleich verteilt ist und einige der bereits zuvor identifizierten Risiken nun eingetreten sind. Die Abwärtsrisiken umfassen dabei vor allem die zunehmenden Handelsspannungen, geopolitische Risiken, politische Unsicherheit sowie schärfere Finanzmarktbedingungen. Die Fiskalpolitik sollte nun auf den Aufbau von geeigneten Puffern abzielen, den Schuldenaufbau eindämmen und Prozyklizität vermeiden. Zentralbanken sollten, sofern das Inflationsziel noch nicht erreicht worden ist, weiter eine akkommodierende Geldpolitik verfolgen, bzw. diese in einer gut kommunizierten und entsprechend abgestimmten Weise wieder zurücknehmen, sobald das Inflationsziel erreicht oder überschritten wurde. Auch wurde vom IWF erstmals die Bali Fintech Agenda präsentiert, die die IWF Mitgliedsländer dabei unterstützen soll, die Vorteile der neuen Finanztechnologie ausschöpfen zu können, aber dabei die damit verbundenen Risiken zu vermeiden.
- Per 1. November 2018 ist Raci Kaya (Türkei) der neue Executive Director (ED) der österreichischen IWF Stimmrechtsgruppe<sup>4</sup>. Kaya folgt damit Michaela Erbenova (Tschechische Republik) nach, welche die Funktion des ED von November 2016 bis Oktober 2018 bekleidete. Österreich hält in der IWF Stimmrechtsgruppe permanent den Posten des First Alternate Executive Director (AED).

<sup>4</sup> Seit 2012 ist Österreich Teil der sogenannten CEE-Stimmrechtsgruppe im IWF (Ablauf des Stimmrechtsgruppen-Abkommens: 2022), der neben Österreich noch folgende Länder angehören: Belarus, Kosovo, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei und Ungarn.



### **Profitabilität der österreichischen Banken im aktuell noch günstigen wirtschaftlichen Umfeld auf hohem Niveau**

- Die österreichischen Banken konnten auch im ersten Halbjahr 2018 vom günstigen wirtschaftlichen Umfeld in Österreich und CESEE profitieren und anhaltend hohe Gewinne erzielen: Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken lag im ersten Halbjahr 2018 bei 3,6 Mrd EUR (+234 Mio EUR bzw. +7% yoy).
- Maßgeblich für diese Entwicklung war weiterhin der Rückgang der Kreditrisikovorsorgen, die sogar negativ ausfielen. Das derzeit historisch niedrige Niveau der Risikovorsorgen erscheint auch im Hinblick auf aktuelle Konjunkturprognosen, die auf eine Eintrübung der Wirtschaft hindeuten, nicht nachhaltig. Zudem steigen international politische Risiken an.

### **Anstieg der Kapitalisierung der österreichischen Banken ebbt im ersten Halbjahr 2018 ab**

- Die Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken lag Mitte 2018 bei 15,1 % (CET1-Ratio). Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren zeigte sich in den ersten beiden Quartalen 2018 trotz steigender Gewinne eine Abflachung des Anstiegs der CET1-Ratio. Dies war einerseits darauf zurückzuführen, dass die aktuellen (unterjährigen) Gewinne noch nicht hinzugebucht wurden, andererseits stiegen die risikogewichteten Aktiva aufgrund des anziehenden Kreditwachstums in Österreich wie auch in CESEE.
- Die Kapitalisierung der österreichischen Banken liegt derzeit etwas über dem europäischen Durchschnitt, bei den Großbanken jedoch unter dem Durchschnitt. Insgesamt sind die heimischen Banken deutlich besser aufgestellt als vor dem Ausbruch der Finanzkrise vor rund 10 Jahren.

### **Kreditwachstum der österreichischen Tochterbanken in CESEE im Fokus der Stabilitätsanalyse**

- Der Schwerpunkt der Kreditvergabe der österr. Tochterbanken in CESEE liegt auf Haushaltskrediten (FX-bereinigtes Wachstum: +10% 2018HJ1 y-o-y; 56% der ausstehenden Kredite). Innerhalb des Haushaltskreditsegments wurden v.a. Immobilienkredite vergeben (im Stand doppelt so hoch wie Konsumkredite), wenngleich Konsumkredite tendenziell schneller wachsen. Besonders stark ist das Kreditwachstum der österr. Tochterbanken in der Tschechischen Republik (CZ) und der Slowakei (SK). Gegenüber diesen Ländern bestehen auch die höchsten ausstehenden Kreditvolumina in CESEE.
- Das Kreditwachstum findet vornehmlich in lokaler Währung statt (Fremdwährungskredite weiterhin rückläufig) und basiert auf lokalen Einlagen (Loan-to-Deposit-Ratio 2018Q2: 82%). Damit zeigen die makroprudenziellen Empfehlungen der OeNB und FMA (Guiding Principles, Nachhaltigkeitspaket) weiterhin Wirkung.
- Die OeNB beobachtet die Kreditentwicklung der österr. Banken in CESEE genau und steht zudem im Dialog mit den lokalen Aufsichtsbehörden (z.B. CZ und SK). Etliche CESEE-Länder haben bereits makroprudenzielle Maßnahmen, wie Verschuldungsobergrenzen (z.B. Loan-to-value ratios) aufgrund des allgemein hohen Kreditwachstums bei Haushaltskrediten gesetzt.

## **Nachhaltige Vergabestandards bei Immobilienkrediten in Österreich wesentlich zur Sicherung der Finanzmarktstabilität**

- Die internationalen Erfahrungen zeigen, dass das Platzen von kreditfinanzierten Immobilienpreisblasen für die Banken, die Kreditnehmer und eine Volkswirtschaft sehr kostspielig sein kann. Der OeNB ist es daher ein Anliegen, dass die Kreditvergabestandards im Bereich der Immobilienfinanzierung in Österreich auch weiterhin nachhaltig bleiben.
- Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat sich in seiner Sitzung am 21. September 2018 der OeNB-Empfehlung angeschlossen: Kreditnehmer sollten in der Regel mindestens 20% an Eigenmitteln in eine Immobilienfinanzierung einbringen. Tilgungen und Zinsen sollten in der Regel nicht mehr als 30% bis 40% des Nettoeinkommens (eines Haushalts) ausmachen. Laufzeiten sollten in der Regel 35 Jahre nicht überschreiten. Bei den Laufzeiten sollte zudem die Einkommensentwicklung im Lebenszyklus (bspw. geringeres Einkommen in der Pension) berücksichtigt werden. Kredite, die Kennzahlen über den genannten Werten haben, sollten die Ausnahme bleiben und müssen von den Kreditgebern besonders umsichtig beurteilt werden.

## **OeNB-Empfehlungen an Banken (Financial Stability Report Nov. 2018)**

- Sicherung einer nachhaltigen Profitabilität durch weitere Effizienzsteigerungen: Dies ermöglicht eine weitere Erhöhung der Kapitalisierung (insbes. die der Großbanken) sowie Investitionen in Informationstechnologie (Wettbewerb mit FinTechs).
- Einhaltung der FMSG-Erwartungshaltung zur nachhaltigen Immobilienkreditvergabe in Österreich
- Weitere Reduktion der notleidenden Kredite (v.a. in CESEE)
- Einhaltung der aufsichtlichen Mindeststandards zu Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten sowie des Nachhaltigkeitspakets

## **Überprüfung des österreichischen Finanzsektors durch den Internationalen Währungsfonds im Jahr 2019 (Financial Sector Assessment Program)**

- Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird im Rahmen eines Financial Sector Assessment Programs (FSAP) den österreichischen Finanzsektor 2019 einer umfassenden Prüfung unterziehen. Da der österreichische Finanzsektor vom IWF als systemisch bedeutend eingeschätzt wird, muss diese Überprüfung in einem Abstand von fünf Jahren verpflichtend durchgeführt werden.
- Die letzten Überprüfungen des österreichischen Finanzsektors durch den IWF fanden 2003, 2008 und 2013 statt. Die Empfehlungen des österreichischen FSAPs 2013 in Bezug auf makroprudenzielle Aufsicht (z. B. Einrichtung des Finanzmarktstabilitätsgremiums), Banken- und Versicherungsaufsicht (z. B. systemischer Fit- und Propertest, Solvency II-Implementierung), Bankenabwicklung und Krisenmanagement wurden in wesentlichen Punkten umgesetzt.

## **Österreichs Banken beim Stresstest im Rahmen der Erwartungen**

- Die österreichischen Kreditinstitutsgruppen „Erste Group Bank AG“ (Erste Group) sowie „Raiffeisen Bank International AG“ (RBI) weisen beim aktuellen Stresstest der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) selbst nach einem harten Stressszenario höhere Kernkapitalquoten aus als beim vorigen Stresstest im Jahr 2016.



- Das von der EBA dem Test zugrunde gelegte hypothetische Stress-Szenario war hart: Es simuliert einen starken Einbruch des Wirtschaftswachstums, negative Entwicklungen der Wechselkurse sowie der Hauspreise und – insbesondere für die österreichischen Banken relevant – sehr pessimistische Annahmen über die wirtschaftlichen Entwicklungen in den meisten Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE). Die Stress-Annahmen belasteten überdies einlagenstarke Institute überdurchschnittlich hart.
- Die Auswirkungen des adversen Stressszenarios auf die Eigenkapitalausstattung liegen mit einem Minus von knapp unter 4 Prozentpunkten in etwa im Durchschnitt aller beteiligten Banken. Dass sie damit nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt aller Banken zu liegen kommen, liegt insbesondere daran, dass die Kapitalausstattung zwar signifikant verbessert worden ist, das Ausgangsniveau im internationalen Vergleich aber unterhalb des EU-Durchschnitts lag.
- Zusätzlich führt die OeNB, ihrem gesetzlichen Auftrag folgend, jährlich Stress-tests für den gesamten österreichischen Bankensektor mit Fokus auf weniger bedeutende Banken (less significant institutions) durch, die nicht direkt von der EZB beaufsichtigt werden. Dieser Stresstest basiert auf demselben harten Stressszenario wie jener der EBA. Die Ergebnisse für das Bankensystem bestätigen die Erkenntnisse für die beiden Großbanken – die verbesserte Kapitalposition hilft die Verluste im Stressfall abzufedern. Allerdings bleibt die Notwendigkeit zur Stärkung der Kostenstruktur, Profitabilität und Eigenmittelausstattung vor dem Hintergrund des günstigen Wirtschaftsumfeldes bestehen.

### Harmonisierung der Aufsichtsprozesse und Effizienzverbesserungen im EZB/SSM

- Die EZB ist seit 4. November 2014 unter intensiver Mitwirkung der nationalen Aufsichtsbehörden für die einheitliche Beaufsichtigung der Banken im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) verantwortlich. Im SSM konnten bisher zahlreiche Maßnahmen zur weiteren Harmonisierung der Aufsichtsprozesse und zur Förderung einer gemeinsamen Aufsichtskultur umgesetzt werden.
- Kürzlich veröffentlichte die EZB Endfassungen zu den Leitfäden zur Sicherstellung einer angemessenen Kapital- bzw. Liquiditätsausstattung. Im September ergingen Leitfäden für Vor-Ort-Prüfungen und Überprüfungen interner Modelle. Zur Gewährleistung der aktuellen Angemessenheit und Eignung zugelassener interner Säule-1-Modelle wurde 2016 ein eigenes Projekt, TRIM<sup>5</sup>, ins Leben gerufen. Bis dato konnten von den 200 vorgesehenen Überprüfungen der internen Säule 1-Modelle 110 Prüfungen abgeschlossen werden.
- Die vom Aufsichtsgremium der EZB (Supervisory Board) beauftragte hochrangige Arbeitsgruppe zu notleidenden Krediten („High level Group on non-performing loans“) konkretisierte ihre Erwartungshaltung auf die Frage, wie mit dem nach wie vor zu hohen Bestand an notleidenden Krediten im SSM umzugehen ist (SSM: Q2/2018: EUR 657 Mrd. bzw. 4,4 %; Österreich/Significant Institutions: 3,25 %) und wie eine angemessene Risikovorsorge erreicht werden kann.<sup>6</sup> Damit konnte das umfassende Mandat zum Umgang mit notleidenden Krediten erfüllt werden und die High Level Group wurde aufgelöst.

<sup>5</sup> Targeted review of internal models; gezielte Überprüfung interner Modelle.

<sup>6</sup> Zum Umgang mit non-performing loans veröffentlichte die EZB im März 2017 einen Leitfaden, der die qualitativen aufsichtlichen Erwartungen darlegt. Im März 2018 veröffentlichte die EZB eine Ergänzung hinsichtlich ihrer Erwartung bezüglich des Mindestmaßes an aufsichtlicher Risikovorsorge für Kredite, die ab 1. April 2018 erstmals als notleidend eingestuft wurden.

## **Aktuelle Entwicklungen im baren und unbaren Zahlungsverkehr Falschgeldstatistik Jänner bis September 2018**

- Trotz steigendem Bargeldumlauf bleibt Österreich eines der fälschungssichersten Länder im Eurosystem. Von Jänner bis September 2018 wurden in Österreich insgesamt 9.152 Fälschungen (2017: 7.972 Stk.) aus dem Umlauf sichergestellt. Gegenüber der Vergleichsperiode aus dem Vorjahr zeigt sich ein Plus von +14,8 %.
- Von Jänner bis September 2018 war in Österreich die am häufigsten gefälschte Banknote mit 76,5 % die 50-Euro-Banknote, gefolgt von der 20-Euro-Banknoten mit 11,2 % und der 100-Euro-Banknote mit 7,5 %, die zusammen rd. 95,2 % aller Fälschungen ausmachen.
- Mehr als die Hälfte des österreichischen Falschgeldaufkommens stammt aus dem Ballungsraum Wien (47,2 %), Niederösterreich (12,2 %) und Steiermark (10,2 %) gefolgt von Tirol mit 8,6 %.
- Insgesamt entstand von Jänner bis September 2018 durch Fälschungen ein Schaden von 496.520 EUR. Im gleichen Zeitraum 2017 waren es 462.520 EUR. Das bedeutet ein Plus von 34.000 (7,4 %).

## **Aktuelle OeNB Umfrage**

- Für 70 % der Österreicherinnen und Österreicher soll Bargeld seine derzeitige Bedeutung jedenfalls beibehalten und für weitere 24 % kann Bargeld zwar an Bedeutung verlieren; aber ganz ohne Bargeld möchten auch sie nicht leben.
- Die Werte bei der jüngsten Zielgruppe der 16 bis 35-Jährigen liegen mit 52 % bzw. 39 % sehr hoch.
- Lediglich 5 % aller Österreicher sind der Meinung, dass Bargeld komplett verschwinden kann.
- Eine sehr hohe Zustimmung hat Bargeld auch bei jenen Personen, die häufiger mit Karte zahlen.

## **Die neue 100-Euro- und 200-Euro-Banknote**

- Veröffentlichung: 17. September 2018
- Erstausgabe: 28. Mai 2019
- Folgenden Ländern wurde die Produktion der neuen Banknoten zugeteilt: (Anmerkung: Die Länder, welche eine Zuteilung erhalten haben, beauftragen in weiterer Folge eine Druckerei, entweder In-House oder mittels Ausschreibung):
- ES2 EUR 100: Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Österreich
- ES2 EUR 200: Frankreich, Italien, Österreich
- Zum Ausgabestart werden etwa 2,3 Mrd. Stück der neuen 100-Euro-Banknoten und 0,7 Mrd. Stück der neuen 200-Euro-Banknoten produziert sein. In Österreich werden etwa 165 Mio. Stück 100-Euro-Banknoten und rd. 40 Mio. Stück 200-Euro-Banknoten für den Ausgabestart zur Verfügung stehen.
- In Österreich werden 55,4 Mio. Stk. 100-Euro-Banknoten und 54,6 Mio. Stk. 200-Euro-Banknoten im Jahr 2018 gedruckt.

## **TIPS (Target Instant Payments Settlement System)**

- In Zeiten von Amazon, Facebook, Twitter & Co erwarten Konsumenten und Unternehmen zunehmend auch Zahlungen in Echtzeit – sogenannte Instant Payments. Instant Payments sind Zahlungen, bei denen der Betrag dem Empfänger unmittelbar auf seinem Bankkonto zur Verfügung steht.

- Um einer Fragmentierung des Zahlungsverkehrsmarktes durch nationale Lösungen entgegenzuwirken, stellt das Eurosystem ab Ende November 2018 das TARGET Instant Payments Settlement (TIPS)-System für Banken zur Verfügung. Den SEPA-Anforderungen entsprechend wickelt TIPS nationale und grenzüberschreitende Zahlungen in Euro zu denselben Konditionen ab – genauer gesagt um 0,2 Eurocent je Transaktion. Der Aufbau und die Verbindung einzelner nationaler Infrastrukturen für eine europaweite Abwicklung wäre mit einem wesentlich höheren Aufwand und Risiken verbunden. Durch die Verwendung einer gemeinsamen Infrastruktur kann eine harmonisierte europaweite Abwicklung nach einheitlichen Standards sichergestellt und Skaleneffekte genutzt werden, die wiederum günstige Transaktionspreise ermöglichen. Durch die Echtzeitabwicklung in Zentralbankgeld werden die Risiken im Zahlungsverkehr minimiert und darüber hinaus ein europäisches Zahlungsverkehrssystem geschaffen.
- Einzeltransaktionen werden sodann in Echtzeit rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche in Zentralbankgeld gebucht. Gleich wie bei einer Bargeldtransaktion kann der Zahlungsempfänger unmittelbar über den erhaltenen Geldbetrag verfügen und muss nicht mehr bis zu einem Tag warten, bis er das Geld auf seinem Konto gutgeschrieben bekommt.

### **Payment Services Directive 2 (PSD2)**

- Getrieben von der Payment Services Directive 2 (PSD2), die im Zuge der Novellierung des Zahlungsdienstegesetzes (ZaDiG 2018) Anfang Juni dieses Jahres in Kraft getreten ist, müssen Banken auf Wunsch ihrer Kunden Drittanbietern einen Zugang zu ihren Konten ermöglichen. Mittels offener Programmierschnittstellen (application programming interface, kurz: API) könne Drittanbieter Services rund um Finanzinstitute entwickeln. Dadurch soll der Markt für Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste geöffnet werden.
- Um einen Wildwuchs an unterschiedlichen Schnittstellen zwischen Drittdienstleistern und Banken zu vermeiden, hat die STUZZA in Kooperation mit österreichischen Banken einen gemeinsamen technischen Standard für diese Schnittstelle entwickelt. Konkret wurde ein einheitlicher Kommunikationsprozess und einheitliche Datenfelder (die auch einheitlich befüllt werden) erarbeitet.
- Die nun gesetzlich geschaffenen neuen Rollen werden von österreichischen Banken nicht ausschließlich als Konkurrenz und daher als Bedrohung von außen gesehen. Einige österreichische Banken haben bereits konkrete Überlegungen, selbst Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienstleistungen anzubieten.
- Weiters ist davon auszugehen, dass FinTechs die Regulierung zum vermehrten Markteintritt nutzen werden, vermutlich auch abhängig davon, wie viele verschiedene Schnittstellen es europaweit geben wird.
- Fintechs sind bereits in den Wettbewerb und in die Kooperation mit Banken getreten, um innovative Lösungen für Dienstleistungen anzubieten, die wir bisher nur von Banken bezogen haben. Die Servicepalette der Fintechs ist breit und reicht von der Aufbereitung von Finanzinformationen, Kreditvermittlung, Anlageberatung, Vorsorgeplanung bis hin zum Zahlungsverkehr.